

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1.25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorstraße 8. Verlag: Otto Sittler, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27/1. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Fettdrucker oder deren Raum 30 Pfl., beidseitig, Wiedertolung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfl. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann. Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Für Chemigraphen:

Berlin. Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische

Gesellschaft; W. Greve; Grützmaker; Paul Schabl, Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.

Chemnitz. A. Jillich; Köhler & Richter. **Dresden.** Mittelbach; C. Schemmel. **Dresden u. Leipzig.** Mejo & Markert. **Stuttgart.** Gebr. Rößle. **Wernigerode i. H.**

Im Ausland:

Belgien: Brüssel. I. L. Goffarth, (Lith. u. Steindr.). — Etablissements Genéraux d'Imprimerie.

Verviers. (Lith. u. Steindr.). **England: London.** Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham, Court Road, London, (für Notendrucker.)

Frankreich: Lyon. (Kupferdr.)

Holland: Krommenie. Verwer's Vermissen Metaaldrukkey (Lithogr. und Steindr.).

Rotterdam. Firma Modern (Chemig.). **Haarlem.** Firma Polygraph (Chemig.).

Oesterreich: Graz, Triest.

Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg (wegen Tariftbewegung).

Schweden: Streichholzfabrik, A.-G. Vulkan in Tidaholm.

Stockholm: Tapetendruckerei A.-O. C. A. Käberg's.

Ausgeschlossen

wurde nach § 9, Abs. c und f des Statuts der Lichtdrucker Johannes Friedewald, geboren in Berlin.

Der Hauptvorstand.

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Ein schlagender Beweis. — Rundschau. — Vom Wünschen. — Vermischtes. — Anzeigen.

Beilage: Allgemeines: Georg Görlitz j. Mein guter Kamerad. Ortsberichte: Crefeld, Zeitz. — Die photomech. Fächer: Aus den Sektionen: Berlin (Kupferdr.). — Photograph. Mitarbeiter: Eine gewerkschaftliche Notwendigkeit. Offener Brief an unsere Ortsverwaltungen. — Die Tapetenbranche: Kassenbericht für das III. Quartal 1908. Aus den Sektionen: Altona-Ottensen, Coswig, Dessau, Leipzig, Lüneburg, Radebeul-Coswig. — Feuilleton: Das Weihnachtstief eines Arbeitslosen. In der Papierfabrik. Eingänge.

Ein schlagender Beweis.

In dem Arbeiter-Jahrbuch der Hilfe 1909 ließ der liberale Reichstagsabgeordnete Kommerzienrat Manz-Bamberg einen Artikel über die gelben »Gewerkschaften« erscheinen, in welchem er diese beschämendste Erscheinung der Gegenwart wie folgt charakterisiert:

»In der Entwicklung der deutschen Arbeiter-Organisationen tritt seit einigen Jahren eine neue Gattung in die Erscheinung, die man zumeist kurzweg »die Gelben« nennt. Sie sind meist bemüht, ein harmloses Dasein zu führen, stellen vielfach an die Spitze ihrer Bestrebungen überaus nützliche Dinge, wie Unterstützung für Krankheits- und Sterbefälle, Alterspensionen . . . In der Haupttendenz aber machen sie offen oder versteckt Politik, indem sie die bestehenden selbständigen Gewerkschaften zu untergraben suchen. Die Entstehung und namentlich das rasche Emporschießen der gelben Vereine ist unzweifelhaft auf die rücksichtslose und erbitterte Kampfsart zurückzuführen, mit der die Sozialdemokratie, insonderheit einzelne Organe der sozialistischen Gewerkschaften und die Arbeiterpresse vorgegangen waren (?). . . Das bereite den Boden vor für die Entstehung der neuartigen Organisationen, die in den verschiedensten Formen und wohl meistens auf Anregung der Arbeitgeber ins Leben traten. Nicht alle diese Spielarten dürfen in bezug auf ihre Tendenz in einen Topf geworfen werden. . . Zu unterscheiden haben wir lediglich und mit aller Schärfe, ob der Verein — offen oder versteckt — auf das Streikrecht verzichtet und damit die Koalitionsfreiheit seiner Mitglieder zunichte macht, und ob er sich nicht die Aufgabe stellt, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu schwächen, indem er ihnen Mitglieder abspenstig macht und ihnen bei Gelegenheit in den Rücken fällt. Solche Vereine verdienen als gelbe bezeichnet zu werden und haben das Stigma als Verräter der Arbeiterrechte zu tragen.«

Diese treffende Kennzeichnung paßt für unsere gelbe Unternehmerschutztruppe wie angemessen. Schlagende Beweise dafür haben kürzlich unsere Gelben selbst erbracht.

Den Anlaß hierzu bot ihnen ein Artikel über die Verhältnisse in der Lithographie der Schutzverbandsfirma Lange & Wundsch, Berlin, in No. 46 der »Gr. Pr.«, der alle Größen des gelben Vereins, den Hauptvorstand, die Kontroll-

kommission und die Berliner Ortsverwaltung auf die Beine gebracht hat. In No. 7 ihrer Mitteilungen betonen sie, wir hätten sie beständig zu den »Gelben« geworfen, d. h. also wir haben der Katze stets die Schelle umgehängt! Dadurch seien sie gezwungen, trotzdem in ihrem Statut nachweislich der reine Unterstützungszweck für alle Zukunft festgelegt sei, sich ausnahmsweise einmal mit einer reinen Gewerkschaftssache zu beschäftigen. Der »reine Unterstützungsverein« überläßt infolgedessen die Verteidigung nicht der angegriffenen Firma, sondern er besorgt freiwillig deren Geschäfte, indem er in dieser »reinen Gewerkschaftssache« mannhafte für sie eine Lanze bricht. Sollte vielleicht der »reine Unterstützungsverein« infolge der ihm vom Schutzverband gewährten finanziellen Unterstützung — zwangsweise Zuweisung der Lehrlinge und Bezahlung der Beiträge für diese gepreßten Mitglieder — zu derartigen Gegenleistungen vertragsmäßig verpflichtet sein?

Einen Beweis für den innigen Konnex zwischen dem Schutzverband und dem »reinen Unterstützungsverein« erbrachte übrigens vor einiger Zeit der Geschäftsführer des letzteren, Georg Amler, durch eine Karte, die an einen Krankengeld beanspruchenden Lehrling gerichtet ist und die wie folgt lautet: »Den Empfang Ihrer Karte bestätigend muß ich Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß ich Ihnen leider keinen Krankenschein schicken kann. Sie sind laut Brief der sie beschäftigenden Firma von unserem Vereine als Mitglied abgemeldet, da wir hörten, daß Sie noch dem Senefelder-Bund angehören.« Der junge Mann war also durch seinen Chef an die Gelben verhandelt worden wie eine Ware. Als jedoch der Liebe Mühe vergeblich blieb und der Lehrling sich vom Eintritt in unsere Lehrlingsabteilung nicht zurückhalten ließ, wurde er einfach wieder abgemeldet und um seine Unterstützungsansprüche gebracht, ohne daß man es für nötig hielt, ihn sofort davon zu unterrichten.

Doch diesen Fall erwähnen wir nur beiläufig. Den Amlerschen Beweis für das Hand-in-Handarbeiten der Unternehmer und der Gelben unterstützt der ganze Verein durch seine Stellungnahme zum Fall Lange & Wundsch. Dem Berliner Ortsvorstand und der Kontrollkommission haben die Lohnbücher der Firma vorgelegen! Trotzdem die Macher der Verteidigungsaktion genau wissen, daß sich die in dem Artikel der »Gr. Presse« vom 13. November und in einem früheren Artikel im »Berliner Wochenboten« vom 14. August behaupteten Tatsachen auf die Verhältnisse beziehen, wie sie bei L. & W. im Juni, Juli und Anfang August lagen,

besitzen die Herren die — sagen wir: Unverfrorenheit, die Lohnlisten vom 23. Oktober bis 13. November, d. h. für eine Zeit, die gar nicht in Betracht kommt »zur Widerlegung« unserer Behauptungen, zu veröffentlichen. Die Lohnlisten für die richtige Zeit passen ihnen nicht in den Kram! Aber auch die veröffentlichten Lohnlisten besagen gar nichts gegen die Behauptungen in der »Gr. Presse« und im »Wochenboten«, wie folgende Feststellungen des Vorstandes unserer Berliner Lithographenfamilie beweisen:

Zunächst ist aus den Listen nicht ersichtlich, wieviel und in welcher Höhe die von uns angeführten »Konto-Zahlungen« darin enthalten sind. Der Lohn von 50 Mark ist 6 mal angeführt, trotzdem er nur 4 mal gezahlt worden ist. Jedenfalls haben die Macher »der Rettungsaktion« die Löhne von 42 Mk., die in fraglicher Zeit 2 mal vorgekommen sind, im Interesse der Firma nach oben abgerundet. Ferner will man den Kollegen Sand in die Augen streuen durch die Behauptung, daß Löhne von 28 bis 33 Mk. 63 mal gezahlt wurden. In Wirklichkeit sind nach der veröffentlichten Lohnliste in 4 Wochen nur 14 mal 33 Mk. gezahlt worden, während in 49 Fällen weniger verdient worden sind. Genau so liegt es mit den Löhnen von 34—50 Mk., die 71 mal gezahlt worden seien. Allerdings hört sich das recht vorteilhaft an, in Wirklichkeit sind aber eben 50 Mk. in 4 Wochen nur 4 mal verdient worden und 67 mal darunter!

Unser Filialvorstand soll ferner von einer mehrseitigen Versicherung der Unrichtigkeit seiner Angaben keine Notiz genommen haben. Wie liegt nun die Sache? In einer am 26. August stattgefundenen Geschäftsversammlung waren auch die drei »Ober« und zu deren Unterstützung die Mehrzahl der Gelben erschienen, um dem Wochenboten-artikelschreiber den Kopf zu waschen. Das gelang aber nicht, trotzdem der Sündenbock in eigener Person anwesend war. In jener Geschäftsversammlung wurde ausdrücklich festgestellt, daß die angeführten Vorkommnisse der Wahrheit entsprachen. Selbst die Senefelder-Vereinler St. und Mü. mußten auf eine direkte Frage Farbe bekennen und betonten, daß die Preise in der letzten Zeit gesunken seien. Und ein anderer Anhänger der Gelben, der Lithograph Kon. führte aus, daß die Mißstände zum Teil ihre Ursachen in der großen Zahl der »Ober« hätten (die alle gelb sind!) und versprach sich von der Beseitigung des »Ober« Seg. eine Besserung. Daß unter solchen Umständen, zumal auch unsere Verbandsmitglieder ihre Meinung über die Verhältnisse ungeschminkt zum Vortrag brachten, die Verteidigerreden der anwesenden drei »Ober« mit »Null« bewertet wurden, liegt klar auf der Hand.

Ein schlechtes Licht fällt auf die Firma L. & W., wenn man in Betracht zieht, daß nach dem von den Verteidigern ausgerechneten Durchschnittsverdienst von rund 35 Mk. die Herren »Ober«, wenigstens die Herren Seeg. und Ha., nach unserer Auffassung herzlich gering entlohnt werden. Ersterer soll wöchentlich 36 Mk., letzterer 38 Mk. Lohn haben. Wenn die gewöhnlichen Schuster, wie behauptet wird, im Durchschnitt mit 35 Mk. nach Hause gehen, so ist der »Ober«-lohn nicht gerade »standesgemäß«. Daß unter solchen Umständen nicht gern gesehen wird, wenn die Kollegen mehr

als der »Ober« verdient, ist leicht erklärlich. Daß die Preise nicht immer so sind, daß man auf jeden Fall dabei gut verdienen muß, wie Herr Tänzler, der erste »Ober«, immer behauptet, hat der »Ober-Seeg« am eigenen Leibe erfahren müssen. Ein Gelb war mit 7 Mk. angesetzt. Herr Seeg nahm den Mund etwas voll und behauptete, dasselbe sei bequem in einem Tage zu machen. Herr Seeg hat aber zwei Tage daran gearbeitet und dabei tüchtig gestöhnt. Jedenfalls hat der »Ober-Seeg« selbst den Beweis erbracht, daß die Preise nicht unter allen Umständen gut sind.

Aus dem bisher Angeführten werden die Kollegen ersehen, auf welchen schwachen Füßen die »berühmte« Rettungsaktion der Gelben aufgebaut ist. Ein kleines »Versehen« ist ihnen dabei noch passiert. Der wahrheitsliebende Hauptvorstand und die ebenso beschaffene Kontrollkommission der Gelben behaupten am Schluß ihres Artikels, daß ca. 50 Proz. der bei W. & L. beschäftigten Lithographen ihre Mitglieder seien. Tatsächlich sind dort ca. 40 Lithographen beschäftigt und zwar 25 *Verbandler*, 12 *Gelbe* und 2 *Nichtorganisierte*!

Ebenso wie bei Lange & Wundsch, wo die maßgebenden Körperschaften, wie vorstehende Feststellungen zeigen, vollständig und glänzend die innige Verbindung zwischen Unternehmern und Gelben bewiesen haben, liegen die Verhältnisse auch ganz im allgemeinen. Der Fall Lange & Wundsch ist typisch für den gelben Charakter des »reinen Unterstützungsvereins«, weshalb wir etwas ausführlicher darauf eingegangen sind. Dieser gelbe Charakter hat ihm sogar schon in den Reihen unserer werdenden Kollegen alle Sympathien verscherzt. Trotz aller terroristischen Agitation der Unternehmer und ihrer Werkzeuge haben sich ganz 400 Lehrlinge in die »reine Unterstützungsvereinigung« pressen lassen. Zu uns sind bis jetzt 3400 Lehrlinge *freiwillig* gekommen! Ebenso liegt es mit den Gehilfen. Wer noch aufrecht steht und männlich empfindet, überläßt den »reinen Unterstützungsverein« den Oberrn, ehemaligen Arbeitswilligen und Schwächlingen, die ihr Heil nur in der Liebedienerei gegenüber den Unternehmern erblicken. Wer sich auf jener Seite wieder auf seine Manneswürde besinnt, rückt so schnell und so weit als möglich ab von jenen Leuten. So traten erst kürzlich 21 Kollegen in Leipzig und 16 in Stuttgart gemeinschaftlich bei den Gelben aus und in die Reihen ihrer kämpfenden Kollegen über. Seit München (Herbst 1907) hat unser Verband nahezu um 400 Vollmitglieder zugenommen! Seine Gesamtmitgliederzahl beträgt zurzeit 16 550, die der Vollmitglieder allein 15 226.

Diese Tatsachen veranlassen die gelben Verfasser von No. 7 ihrer Mitteilungen, wieder einmal fleißig die Werbetrömmel zu rühren. Daß sie dazu gerade dieselbe Nummer wählen, in der sie ihren gelben Charakter selbst, also einwandfrei, nachweisen, mag daran liegen, daß sie die gesamte deutsche Kollegenschaft ebenso einschätzen wie sich selbst. In der Hauptsache sucht man aber Mitgliederfang zur Ergänzung der gelichteten Reihen zu betreiben, indem man uns zum so und so vielen Male den Bankrott prophezeit.

Dazu muß in erster Linie die allgemeine Unterstützungskasse erhalten, für die wir pro Woche und Mitglied 35 Pf. erheben, und die tatsächlich gerade in der gegenwärtigen Krise schwer belastet ist. Das gereicht ihr aber nur zum Ruhm, denn sie ist schwer belastet, weil sie ihre großen sozialen Pflichten ernst nimmt und allen Mitgliedern tatsächlich bei Arbeitslosigkeit und Krankheit eine feste Stütze ist. Die Gelben, die wöchentlich 10 Pf. mehr, also 45 Pf., erheben, zahlen nur Krankengeld aus. Da sie nur ärztlich attestierte Gesunde aufnehmen und diejenigen, die der kollektiven Hilfe am meisten bedürftigen, von vornherein ihrem Schicksal überlassen, sind ihre Aufwendungen natürlich nur gering. Ebenso lassen sie die vielen Arbeitslosen bei der jetzigen Konjunktur im Elend verkommen. Sie sammeln lieber Gelder an, um den alten Herren, die den gelben Verband begründeten, in jeder Weise ihre »Rechte« zu sichern. Darum braucht man sich ja nicht zu kümmern, was später einmal aus den andern wird, die sich von ersteren betören lassen.

Aber dieses Protzen mit Unterstützungseinrichtungen, die sich auf dem Papier ganz gut ausnehmen, die aber von einem umfassenden sozialen Wirken, wie eben gezeigt wurde, himmelweit entfernt sind, ist ja auch eins der Kennzeichen, die nach Manz den Gelben eigentümlich sind. Daß die Frankfurter Gründung auf das Streikrecht verzichtet und damit die Koalitionsfreiheit ihrer Mitglieder zunichte macht, ist bekannt und braucht nicht bewiesen zu werden. Daß sie durch ihre Protzflunkerei mit »gutfundierten« Unterstützungseinrichtungen die bestehende Arbeiterorganisation zu schwächen sucht, indem sie ihr Mitglieder abspenstig machen möchte, und daß sie ferner der Organisation bei Gelegenheit in den Rücken fällt, wird durch Nummer 7 der »Mittelungen« schlagend bewiesen. Es gilt also für sie im ganzen Umfange das von Kommerzienrat Manz Gesagte: »Solche Vereine verdienen als *gelbe* bezeichnet zu werden und haben das Stigma als *Verräter der Arbeiterrechte* zu tragen.« Darnach werden sich alle ehrlichen Kollegen zu richten wissen.

Rundschau.

Eine Inhaltsübersicht soll nach einer Anregung der Münchener Generalversammlung 1907 vom Jahre 1908 ab zu jedem Jahrgang unseres Organs herausgegeben werden. Das Inhaltsverzeichnis zu diesem Jahrgang, der mit vorliegender Nummer abschließt, wird einer der ersten Nummern des neuen Jahrgangs beigelegt werden.

Die Klage des Sixtus Hermann, des Verwalters des gelben Arbeitsnachweises für Steindruckerei in Berlin, auf 3000 Mark Schadenersatz nebst 4 Prozent Zinsen und Unterlassung der Sperrung des Nachweises, wurde vom Berliner Landgericht ebenso glatt abgewiesen, wie früher seine Klage gegen seinen Ausschluß und die damit verbundene Entziehung seiner Invalidenrente. Ueber die Einreichung der Klage, die sich gegen die Kollegen Sillier, Brall, Lange und Haß richtete, haben wir in Nummer 42 Mitteilung gemacht. Ueber die Verhandlung brachte der »Vorwärts« einen längeren Bericht, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Seit der großen Aussperrung vor einigen Jahren und der Verschmelzung mit dem Senefelder-Bund, hat der Verband der Lithographen und Steindrucker fortgesetzt gegen die infolge dieser Vorgänge vom Unternehmertum fleißig geschätzten Gelben zu kämpfen. Bei der jüngsten Boykottklage war es nicht der von den Prinzipalen sorglich geschützte Senefelderverein, dessen jetzige Mitglieder zum größten Teil jene »Kollegen« waren, die die Verschmelzung der Gewerkschaft mit der Unterstützungskasse bekämpft hatten, und dabei bis zum Reichsgericht gingen, sondern die Berliner Freie Vereinigung, ein Häufchen meist wegen Beitragsresten oder sonstigen Mifftätigkeiten aus dem Verbands ausgeschlossenere Steindrucker, die sich Lorbeeren holen wollten.

Ein Mitglied dieser Organisation von Edlen, der Restaurateur und frühere Steindrucker Sixtus Hermann erhielt in seinem Lokal durch die bei ihm verkehrenden Steindrucker einen Arbeitsnachweis »eingereicht«. Eine Steindruckerversammlung des Verbandes in Berlin nahm 1905 dazu Stellung. Es wurde beschlossen, diesen »Arbeitsnachweis« zu sperren, Nichtbeachtung dieses Beschlusses durch Ausschluß zu ahnden, und weiterhin allen Kollegen zu empfehlen, das Lokal des Hermann zu meiden. Im August 1908 verklagte Hermann den Verband auf Schadenersatz, vorläufig auf 3000 Mark, und Unterlassung. Um ganz sicher zu gehen, verklagte er 1. den Gesamtverband, 2. drei Hauptvorstandsmitglieder des Verbandes, und 3. den Bevollmächtigten der Berliner Steindrucker. Noch vor Beginn der Verhandlung nahm der Rechtsanwalt Berbig die Klage zu 1 und 2 zurück. Zu 3 wurden die schönsten Argumente vorgebracht. So das Geschickchen vom armen andersdenkenden Gastwirt, der durch die Sozialdemokratie bankrott gemacht werden soll, u. a. m. Herr Berbig versuchte sogar diesen Unterschied in der politischen Anschauung zwischen sich und dem Vertreter des Verbandes zu betonen, es wurde ihm aber sehr deutlich abgewinkt. Auch die plötzlich vorgebrachten neuen Beweise, daß der Boykott noch in der allerletzten Zeit ausgeübt worden sei, nützte nichts, jetzt mußte man hören, daß dies eine unzulässige juristische Verschiebung der Anklage sei. Die Klage wurde abgewiesen.

Aus dem Urteil sind die folgenden Stellen von Wichtigkeit: »Richtig ist, daß der Oewerbebetrieb zu dem im § 823 B. O. B. geschützten Rechten gehört. Es ist aber nicht jede Handlung widerrechtlich, die in das Recht eines andern eingreift. Widerrechtlich ist an sich insbesondere nicht der Boykott (siehe Reichsgerichtsentscheidungen). Er ist kein unerlaubtes Kampfmittel, und wird dies auch nicht dadurch, daß durch die Presse oder durch Druckschriften die Unterstützung weiterer

Kreise angerufen wird. So liegt der Fall hier. Es wird den Kollegen empfohlen, den Verkehr im Lokale des Gegners zu vermeiden, um dem Boykott Nachdruck zu verleihen. Diese Handlungsweise ist nicht widerrechtlich. Eine Klage auf Unterlassung des schädigenden Handelns beruht auf den gleichen Voraussetzungen.«

Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Zur Ausführung der Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses und des Nürnberger Parteitagess wegen Erziehung und Aufklärung der Arbeiterjugend ist eine aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der jugendlichen Arbeiter bestehende Zentralstelle eingesetzt worden. Der Parteivorstand ist darin durch die Genossen Ebert, Müller, H. Schulz und die Genossin Zietz, die Generalkommission durch die Genossen Legien, Sassenbach, Schmidt und die Genossin ihrer und die jugendlichen durch die Genossen Lipnitz, Maschke, Peters und die Genossin Roede vertreten. Die Zentralstelle hat sich konstituiert und ersucht, alle Anfragen und Zuschriften an die Adresse: »Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Fr. Ebert, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69« zu richten. Der Verkehr mit der Zentralstelle soll durch die nach Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und des Parteitages in den einzelnen Orten einzusetzenden, besonderen Kommissionen geführt werden. Wo diese Kommissionen noch nicht gewählt sind, muß dies schnellstens nachgeholt werden. Die Adressen dieser Kommissionen sind umgehend der Zentralstelle mitzuteilen. Die Zentralstelle wird ein Jugendorgan herausgeben, das von Ende Januar ab aller 14 Tage erscheinen wird. Als Redakteur dieses Organs ist der Genosse Karl Korn, bisher Redakteur an der »Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung«, gewählt worden. Die erste Nummer wird in großer Auflage erscheinen. Es ist deshalb wünschenswert, daß die örtlichen Kommissionen schon jetzt Vorbereitungen treffen, damit für eine möglichst große Verbreitung des Jugendorgans eine recht intensive Agitation entfaltet werden kann.

Zur »Radbod«-Untersuchung. Das Dortmundener Arbeiterblatt berichtet über Massenentlassungen von Bergleuten, die in Sachen des Radbodunglücks Aussagen gemacht haben. 120-130 Bergleute sollen bereits ihre Kündigung erhalten haben. Die Befürchtungen unserer Genossen im preußischen Landtage und im Reichstage, daß die aussagenden Bergleute gemäßigert würden, bestätigten sich rascher und schlimmer, als man ahnen konnte. Hoffentlich löst der preußische Handelsminister sein Wort, die Entlassenen schadlos zu halten, in vollem Umfange ein.

Ausgesperrt zum Weihnachts-Heiligabend hat die Direktion der Steingutfabrik A.-G. Colditz i. S. ihre Arbeiter. Sie führt seit Monaten mit Hilfe von gelben Gewerkschaften einen systematischen Kampf zur Vernichtung der Arbeiterorganisation, der aber bisher dank des solidarischen Handelns der Arbeiter erfolglos blieb. Nun hat die Direktion zu einem raffinierten Hauptschlag ausgeholf. Sämtliche organisierte Arbeiter haben die Kündigung erhalten, und der christliche Direktor Zehe hat es derart eingerichtet, daß die Leute am Vorabend des Weihnachtsfestes den Betrieb verlassen müssen. Darunter befinden sich Arbeiter, die 20 und mehr Jahre ihre Kraft und Gesundheit der Firma geopfert haben, ferner auch Leute, welche die Direktion erst in letzter Zeit unter allerlei Versprechungen nach Colditz gelockt hat, um mit ihrer Hilfe die Organisation zu vernichten. Trotz dieser Unternehmerrutalität, die keineswegs vereinzelt dasteht, vereinzelt dasteht, verschiebe kürzlich unser Unternehmerrag mit pharisäischem Augenaufschlag: »Das »amerikanische« System der rücksichtslosen Arbeiterentlassung hat bei uns Verbreitung noch nicht gefunden.«

Zur drohenden Zollerhöhung auf Kunstdruckereizugnisse in Nordamerika, von der wir in No. 51 Mitteilung machten, versichert der Fachverbandsvorstand deutscher Steindruckereibesitzer, die zu ergreifenden Maßnahmen sofort mit größter Energie in die Wege geleitet zu haben. Er »bittet« die Kollegen, alles Material, von dem sie glauben, daß es von Nutzen sein könnte, mit tunlichster Beschleunigung an die Geschäftsstelle gelangen zu lassen.

Gegen die Tabaksteuer, die ebenso vernichtend für unser Gewerbe sein würde wie die Plakatsteuer und die amerikanischen Zollerhöhungen, hat jedoch weder der Unternehmerverband noch sein Organ bisher ein Wort des Protestes gefunden. Sollte die von uns in No. 50 ausgesprochene Vermutung zutreffend sein? Bekanntlich hat der Steindruckereibesitzerverband den »Schutz des Gewerbes« als seine »vornehmste Aufgabe« auf seine Fahne geschrieben. Ein merkwürdiger Schutz, der in einer derartigen gefährdenden Situation sofort versagt, weil parteipolitische Rücksichten höher gestellt werden, oder — weil sich die bedeutendsten Fabrikanten für Zigarrenpackungen noch nicht unter die Botmäßigkeit des Schutzverbandsbüpflings zwingen ließen.

Eine Petition gegen die Erdrosselung der Zigarrenbandindustrie durch die drohende Tabaksteuer hat die Barmer Handelskammer am 3. Dezember beim Reichstag einzureichen beschlossen. Darin wird gebeten, bei der etwaigen Beschluß

fassung über die Einführung einer Tabakverbrauchssteuer die Erhebung derselben so zu einzurichten, daß durch sie die Zigarrenbandfabrikation nicht geschädigt wird. Eine gleiche Petition wird von der Stadtverwaltung an den Reichstag gesandt werden. Es gilt hier einen Industriezweig zu schützen, in dem bei 15 Firmen 860 Personen beschäftigt sind und der einen jährlichen Umsatz von 2½ Millionen Mark erreicht.

Nur 12 bis 15 Prozent Dividende glaubt der Aufsichtsrat der Porzellanfabrik Kahla für 1908 vorschlagen zu können. Die armen Aktionäre! Sie haben schon unter dem letztjährigen Dividendenrückgang von 35 auf 25 Prozent schwer zu leiden gehabt, und die Aktien, die früher einen Kursstand von weit über 500 hatten, notierten an der Berliner Börse nur 322 Prozent. Da mag der Kuckuck Aktionär sein, wenn die schwere Arbeit des Kopuschneidens nicht mehr abwirft!

Stumme Versammlungen veranstalten die Polen des Ruhrreviers, da bekanntlich nach dem Reichvereinsgesetz in den Versammlungen nicht polnisch geredet werden darf. Die Versammlungsleiter schrieben an die Wandtafel, was sie zu sagen hatten und verteilten die Reden gedruckt — alles in polnischer Sprache, versteht sich! Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage. Das Schöffengericht Ruhrort hat die angeklagten Polen jedoch freigesprochen, weil im § 19 nur mit Strafe bedroht wird, wer in einer fremden Sprache als Redner auftritt.

Eine beachtenswerte gewerbegerichtliche Entscheidung wurde am 26. November in Dortmund gefällt. Ein Maurer Horn klagte gegen die Firma Aug. Baum-Fögger auf Zahlung einer Lohnentschädigung von 27,72 Mk. wegen kündigungsgelöser Entlassung. Bei der Einstellung des Klägers wurde diesem ein Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt, wonach für das Arbeitsverhältnis der Parteien gegenseitige Kündigung ausgeschlossen wurde. Kläger behauptet nun, er habe bei der Unterschriftleistung erklärt, daß er sich an die Tarifbestimmungen für das Baugewerbe — Parteien gehören beide der Tarifgemeinschaft an — halten werde und daß er die Unterschrift nur aus Not geleistet habe, um Arbeit zu bekommen. Die Beklagte sei durch ihren Beitritt zum Arbeitgeberbund an die Bestimmungen des Tarifvertrages im Baugewerbe gebunden und sei nicht, besonders nicht bei dem jetzt herrschenden Arbeitsmangel, berechtigt, mit ihren Arbeitern Sonderverabredungen zu treffen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Klägers an und ergänzte diese noch mit der Erklärung, daß die Beklagte, wenn sie für ihre Arbeiter die Bestimmungen des Tarifvertrages nicht gelten lassen will, ihren Austritt aus dem Arbeitgeberbund erklären müsse. Es wurde nach dem Klageantragte erkannt.

Zu seinem Rechte gekommen ist der Oberdrucker der keramischen Abteilung von Schlick & Schmidt in Saalfeld, der, wie im Ortsbericht in No. 47 berichtet wurde, ohne Beachtung der für Werkmeister geltenden 6wöchentlichen Kündigungsfrist plötzlich entlassen und mit dem Lohn für 2 Wochen abgespeist wurde. Die Verhandlung vor dem Gewerbegericht am 7. Dezember führt zu einem Vergleich, auf Grund dessen der Inhaber dem Kläger schweren Herzens 60 Mk. auszahlen mußte. Die Firma kam also noch glimpflich weg, hauptsächlich deshalb, weil der Oberdrucker schon nach 14 Tagen anderweitig bessere Stellung erhalten hatte.

Der Lithograph Heino Schäfer, ein Original unter unseren Kollegen, starb Anfang Dezember in Bautzen. Nur wenigen Kollegen in Sachsen und Thüringen, seiner ständigen Tour, wird er nicht bekannt gewesen sein. Die Mustermappe mit einem Strick über den Rock geschnürt stellte er sich bei seinen Bekannten in den einzelnen Orten vor mit der Frage, ob er eine „Attacke“ auf die Bude riskieren könne. Diese „Attacke“ wurde aber meist schon im Kontor abgeschlagen. Selten nur bekam er Stellung, die er aber auch niemals lange behielt. Nun hat der Rebell sein ewiges Ruhelager gefunden. Die Bautzner Kollegen legten ihm einen Kranz auf sein irisches Grab.

Durch die Besteuerung der Gewerkschaften will man in Sachsen die Finanzen „sanieren“. Wie der Buchdrucker-Korrespondent berichtet, haben fast sämtliche Dresdener Ortsverbände der Gewerkschaften die Aufforderung erhalten, über ihre Kassenbestände zu deklarieren. Würde diese Besteuerung zur Tatsache, fände sich wirklich ein Gerichtshof, der im Berufungsfalle eine solche Besteuerung der Gewerkschaften als zulässig erklären würde, so wäre das ein nicht zu übertreffendes Beispiel für die Wertung sächsischer Sozialpolitik. Die Gewerkschaften, die mit ihren Unterstützungen den Menschen im Menschen erhalten, den Armen-erhalt entlasten, die Opfer unserer Wirtschaftsordnung vor dem Versinken ins tiefste Elend bewahren, diese Gewerkschaften sollen noch extra dafür bezahlen, weil sie eine Kulturtat leisten, weil sie dem Staat eine Reihe elementarster Pflichten abnehmen, weil sie das tun, wozu sich bisher das Deutsche Reich nicht als fähig erwiesen hat — nämlich, weil sie viele Tausende am wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Leben erhalten, wozu sich unsre „Kultur-nation“ bisher als unfähig erwiesen hat. Sachsen sucht also mit Preußen um den Ruhm, in Deutschland zu sein, in würdiger Weise zu konkurrieren.

Unsere finnische Bruderorganisation hat für den 1. Januar 1909 ihren Beitritt zu unserer Berufsinternationale beim internationalen Sekretariat in Berlin angemeldet.

Vom Wünschen.

Von P.-g.

Als die alten Germanen zur Zeit der Winter-Sonnenwende ihr großes Fest feierten, ihren beschränkten Eber verzehrten und sich's zwölf Tage bei Meth und frohem Geplauder wohl sein ließen, gingen sie doch nicht völlig in der vergnügten Gegenwart auf, sondern beteten zwischendurch zum Sonnengott, er möchte ihre Aecker und Auen, ihr Haus und Vieh segnen, möge ihnen im kommenden Jahre gute Ernten und den Frieden schenken.

Inzwischen sind ein paar tausend Jahre vergangen. Aus dem heidnischen Sonnenwendfest ist das christliche Weihnachten geworden, und wo ehemals jene Wünsche vom Opferstein zum Himmel stiegen, sind steinerne Wälder aus dem Erdboden gewachsen, und an Stelle der alten, geheiligten Eichen ragen Kirchtürme zum Himmel, stolze und weniger stolze. Prachtige Dome und arme Dorf-kirchlein. Wo sich aber wie früher noch Baum an Baum drängt, da sind die Gebete verstummt, und Rehe und Hasen äsen friedlich im Schnee, das Vorrecht aller Tiere ausnutzend, sich nicht mit frommen Wünschen zu plagen, sondern die Dinge zu nehmen, wie sie kommen.

Wenn die moderne Naturwissenschaft recht hat, so ist die Menschheit aus der Tierheit emporgewachsen — ganz allmählich, in ungezählten Jahrtausenden, bei welcher Entwicklung hundert Jahre nichts, tausend Jahre fast nichts bedeuteten. Aber als der erste, sich seiner selbst bewußte Verstandesfunke durch das erste Hirn schlug, nahm die Kultur, die vorausdenkende planende und bewußt wollende Kultur ihren Anfang. Der Fatalismus der Tiere und ihr dumpfer Instinkt mußte im Kampf ums Dasein ins Hintertreffen geraten, als der bewußte Wille erwachte. Wollen heißt wünschen — und noch etwas mehr, heißt: die Absicht, den Wunsch in die Tat umzusetzen. Und je größer die Kluft zwischen den Wünschen, d. h. dem als notwendig Erkannten, und den Resultaten ist, desto rückständiger ist die Kultur — vorausgesetzt, daß nicht unüberwindliche Hindernisse die mangelhaften Resultate erzeugten. Kultur ist bewußte, schaffende Kraft. Man kann es an Einzelnen, man kann es an ganzen Völkern konstatieren: wo der Fatalismus am größten ist, wo man die Hände in den Schoß legt und alles, oder doch fast alles, den Göttern überläßt, da geht's nicht vorwärts oder doch nur sehr langsam. Die Götter sind nun einmal konservativ und kleben an dem, was ist. Sie haben kein Interesse am Fortschritt, weil jeder Fortschritt den Göttern — auch den Irdischen — leicht gefährlich wird.

Nun hat die sogenannte zivilisierte Welt seit der Zeit der alten Germanen sicherlich bedeutende Fortschritte gemacht. Aber ihre Weihnachtswünsche leben noch heute; man wird sie in diesen Feiertagen gewiß fast wörtlich in vielen ländlichen Kirchen hören können. Und auch unter den Glockentürmen der Städte werden sie erwachen, wenn auch weniger häufig und in einer Fassung, die eben mehr auf die veränderten Verhältnisse zugeschnitten ist. Sie gehen auch nicht mehr an den heidnischen, sondern an den christlichen Gott und an den jüdischen Jehovah. Der wesentliche Unterschied gegen damals aber besteht darin, daß die Kirche trotz dieser gelegentlichen praktischen Wunschoffenbarung hauptsächlich auf das Heil der Seele bedacht ist und es im allgemeinen den Körpern selbst überläßt, für sich zu sorgen. In der mythologischen Zeit standen die Gottheiten dem praktischen Leben doch sehr viel näher, weil sie als Sinnbilder aus diesem Leben selbst entsprungen waren. Dazu herrschte bei den alten Germanen in wirtschaftlicher Hinsicht die Landwirtschaft, die es ja in ihren Erfolgen oder Mißerfolgen hauptsächlich mit den „Regungen des Himmels“ zu tun hat, und die eben deshalb noch heute ihre Wünsche gern nach oben richtet. Handwerk und Industrie, als Wirtschaftsercheinungen, kennen diese Art Fürsprache im allgemeinen nicht. Ihre Angehörigen sind, um ihre realen Wünsche zu befriedigen, ganz auf sich selbst angewiesen, und wenn sie Götter mit ihren Angelegenheiten betassen, so sind es irdische Götter.

Hier könnte man sagen: Na, auch die Landwirte — und besonders die großen — verschmähen den Einfluß der Irdischen Gottheiten nicht. Und allerdings: die deutschen Agrarier, d. h. die Rittergutsbesitzer und Schnapsbrenner, wissen sich das Ohr der irdischen Regierung in einem Maße zu verschaffen, daß man mitunter nicht weiß, wer von beiden Bittsteller und wer der Gewährende ist. Sie brauchen nicht ihre Hände, sie brauchen nur die Lippen zu bewegen, und nicht nur ihre Weihnachtswünsche, sondern auch ihre Oster-, Pfingst- und anderen Wünsche sind erfüllt. Die Erklärung liegt in der Tatsache, daß — man sieht hier die moderne „Mythologie“ — die weltlichen Götter aus irdischen Lenden entspringen, die in Ostelbien zuhause sind.

Aber die Arbeiterschaft —? Sie, deren Wünsche aus tieferer Notwendigkeit erwachsen; sie, die in ihrer ungeheuren schaffenden Masse das tragende Fundament der Gesellschaft ist; sie, die achtet unter der Last dieser Gesellschaft,

— sie wartet vergeblich auf die Sonnenstrahlen aus den Augen der irdischen Gottheiten, die ihre Geschicke regieren.

Zwar fehlt es nicht an Worten. Von Kanzeln, Tribünen und Thronen schallt es, daß Nächstenliebe, soziale Gerechtigkeit, Toleranz uns in all unsern Taten leiten müßten. Die Druckerschwärze, von Tränen der Rührung gelöst, fließt stromweise besonders in diesen Weihnachtstagen, und man erinnert sich, nachdem man es elf Monate und drei Wochen vergessen hat, wieder daran, daß „da unten“, da ganz unten, ja auch noch Menschen leben, die Wünsche und Forderungen haben. Und Verdienste. Denn: „eine hohe, sittliche Kraft lebt im Volke, und die Nüchternheit und Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter ist nicht zum geringsten daran schuld, daß wir uns auf dem Weltmarkt in verhältnismäßig kurzer Zeit eine so achtunggebietende Stellung verschafft haben.“ Es geht uns in der Allgemeinheit so, wie es häufig dem Einzelnen geht: er hat alle Taschen voll von prächtigen Zeugnissen, aber er kann sie nicht verwerten. Aber trotzdem: „diests Volk ist mündig und muß gehört werden...“

Haben sie es nicht gehört?

Oder hat die deutsche Arbeiterschaft ihre Wünsche nicht klar und unzweideutig formuliert? Hat sie nicht immer und immer wieder die irdischen Gottheiten da oben wissen lassen, wie sie leidet und woran sie leidet?

Hat sie in allen brennenden Fragen nicht Berge von Tatsachenmaterial gehäuft, es ihnen gebracht und gesagt: hier, seht! Und wenn es euch nicht genügt, und wenn ihr noch mehr sehen wollt, bitte: wir schaffen's euch gern!

Die Gewerkschaftsstatistiker brauchen ja nur in ein Schubfach zu greifen, um alle Wünsche und Forderungen der Arbeiter mit unzweideutigen Zahlen zu belegen.

Wie ist die Antwort?

Jedermann weiß es. Gar keine, oder Ausflüchte, die sich stets um den Kern der Sache herumdrücken. Wer ein Beispiel will, das die Sachlage klar erhellt, der denke an das letzte furchtbare Grubenunglück auf Zeche Radbod; der erinnere sich der verzweifelten Anstrengungen unserer Vertreter in den Parlamenten, das entsetzliche Geschick der Geopferten nun wenigstens den Lebenden nutzbar zu machen, und er wird sagen müssen: die Irdischen Gottheiten sind taub, wenn die Wünsche der Arbeiter an ihr Ohr dringen. Stocktaub.

Und will man noch ein Beispiel — sie liegen ja auf der Straße — so vergehenwärtige man sich die Wirkungen der Krise in ihrem ganzen Umfange; man sehe, wie tatenlos jene Götter dem sinkenden Schicksal Hunderttausender gegenüberstehen und sich mit der Feststellung begnügen, daß die Wirkungen der Krise übertrieben seien und daß sie sich, soweit vorhanden, nun einmal nicht vermeiden ließen. Oewiß, sie haben auch den Wunsch, das Volk nicht von Not und Elend heimgesucht zu sehen, und wir glauben es ihnen gern, wenn sie es sagen. Denn wo ist die teuflische Seele, die Freude oder Befriedigung an der Qual des Volkes empfindet? Es müßte eine kranke Seele sein. Unsere „Götter“ aber, das muß man ihnen lassen: sind robust und gesund — wenigstens so lange, bis Lukanus Nachfolger sie holt. Und wenn es nicht Mangel an Erkenntnis ist, der sie von rettenden Taten abhält, so ist es Mangel an Kraft. Oder liegen hier jene unüberwindlichen Hindernisse vor, von denen wir oben sprachen? Ist es unmöglich, auch nur die oberwichtigsten, die drängendsten Wünsche der Arbeiterschaft zu befriedigen?

Nein. Die Wege sind ihnen mehr als einmal gezeigt worden.

Also was ist's?

Es ist ein Mangel an sozialer Kultur, der freilich nicht nur im Olymp zuhause ist, sondern der unsere ganze moderne Gesellschaft durchzieht. Hier zeigen sich unsere irdischen Gottheiten nicht als freiwaltende Kräfte, — sie sind's niemals —; hier sehen wir sie deutlich in ihrer ganzen Abhängigkeit von ihrer Umwelt, die nichts Uebermenschliches an sich hat. Aber man bemüht sich ja fort und fort, die irrige Vorstellung im Volke zu nähren, daß die Regierung — unsere „Gottheit“ — über den Parteien steht, über den kleinlichen Rücksichten auf engherzige Interessen einzelner Kliken; — daß sie das Wohl der Gesamtheit im Auge habe — und sie widerlegt es selbst, indem sie achtlos die Wünsche und Forderungen von Millionen beiseite schiebt. Immer wieder. Und wenn einmal ein kleiner Wunsch erfüllt wird, weil er auch den anderen Klassen nicht viel schaden kann, dann erhebt sich ein Hallelujah im bürgerlichen Blätterwald, als seien die Mauern von Jericho gefallen.

Nein. Wenn unsere Gedanken an diesem Weihnachtstfest jammernd hinausgehen über unsere privaten Familienwünsche, wenn wir uns Worte und Taten der offiziellen Welt gegenüberstellen, wenn wir sie wieder von Nächstenliebe schwatzen hören und hungernde, frierende Menschenkinder an den Häusern entlangschleichen sehen, — dann müssen wir's uns mit tiefer Trauer, mit heiligem Zorn gestehen, daß wir in sozialer Hinsicht noch in barbarischen Ländern leben. Wir sind die letzten, die nicht freudig die eminenten Fortschritte in der künstlerischen und technischen Kultur anerkennen. Aber solange diese nicht dem Volke dienstbar gemacht worden sind und solange die Gesellschaft

und ihre regierenden »Götter« in der Lösung der allerdingsten sozialen Aufgaben versagen, so lange ist der Kultur-Hochmut, dem wir oft in tönenden Phrasen begegnen, eine Lüge. Da ist man wirklich versucht, die alten Germanen zu beneiden, die wenigstens fröhlich sein konnten, wenn die siegende Sonne sich zur Umkehr anschickte, die hoffen durften, Gott Frey auf seinem goldborstigen Eber werde ihnen schon die Erfüllung ihrer Wünsche bringen.

Wir haben solche Hoffnung nicht. Wir glauben nicht, daß die Wünsche der Arbeiter von irgendwelchen irdischen oder überirdischen Gottheiten erfüllt werden.

Umso fester aber glauben wir daran, daß die Arbeiterschaft, die ihr Geschick längst in die eigenen Hände genommen hat, aus eigener Kraft das Ziel ihrer Wünsche erreichen wird. Schon jetzt sehen wir in den Gewerkschaften, die heute bereits vielfach mehr in sozialer Fürsorge leisten als der Staat, die Grundlage einer Kultur heraufwachsen, die die Wünsche des arbeitenden Volkes in Willen umsetzt, in planmäßig aufbauende, in schaffende Kraft, in Taten! Wenn der Einzelne sein seelisches Wohl in der Religion zu finden glaubt, — gut, niemand wird ihn hindern. Aber unser irdisches, materielles Wohl, unsere Freiheit zu geistiger Betätigung, die müssen wir uns selbst erringen. Unsere Wünsche sind Keime; es liegt an uns, sie zu fruchttragenden Bäumen heranwachsen zu lassen.

Vermischtes.

Die Wirkung der Tabaksteuer von 1879.
In der Sitzung des Reichstags vom 19. November 1908 sagte der Reichsschatzsekretär v. Sydow, daß entgegen einer Darstellung unseres Parteigenossen v. Elm die Zahl der Tabakarbeiter infolge der Zollerhöhung von 1879 nicht gefallen, sondern nach einem

Vergleich der Gewerbezahlung des Jahres 1882 mit der des Jahres 1875 von 110800 auf 114500 gestiegen sei.

Hierauf brachte v. Elm eine Erwidrerung, deren wesentlichste Stellen lauten:

Dieses »Rätsels« Lösung ist eine sehr einfache; 1875 wurden die Hausarbeiter und deren Gehilfen meistens nicht mit in die Gewerbestatistik eingerechnet, 1882 war dies der Fall, und da die Hausarbeiterbetriebe 1882 mitgezählt wurden, 1875 dagegen nicht, erklärt sich daraus das ungeheure Anwachsen der Zahl der Betriebe von 1875 bis 1882.

Daß die Gewerbestatistik von 1875 und 1882 auf ganz verschiedenen Grundlagen beruhte, scheint ein Reichsschatzsekretär in Deutschland nicht zu wissen nötig zu haben.

Der Herr Reichsschatzsekretär war so gütig, mich zu entschuldigen, da ich »das Material auf meinen Agitationsreisen wohl nicht zur Hand gehabt hätte«; für diejenigen, die mich persönlich kennen, brauche ich wohl nicht erst zu betonen, daß ich meine statistischen Arbeiten, welche ich in früheren Zeiten und neuerdings im Interesse meiner Berufskollegen, der Tabakarbeiter, gemacht habe, nicht mit einer solchen Sorglosigkeit und Flüchtigkeit, sozusagen »im Umherziehen«, mache, wie Herr Dr. Sydow mir unterstellt.

Wie aber will der Herr Reichsschatzsekretär es entschuldigen, daß er dem deutschen Reichstage Zahlen vorträgt, von denen jeder Fachmann weiß, daß sie unmöglich zutreffend sein können? In seiner Denkschrift hat der Deutsche Tabakverein eine Reihe von Firmen angeführt, die an der Hand ihrer Geschäftsbücher beweisen können, daß sie nach 1879 genötigt waren, eine große Zahl von Arbeitern zu entlassen.

Obgleich seit 1879 nahezu 30 Jahre verflossen sind, können wir Tabakarbeiter dem Herrn Reichsschatzsekretär noch eine Reihe von Zeugen vorführen, die die Entwicklung der Verhältnisse in der Zigarrenindustrie nach 1879 am eigenen Leibe verspürt haben; wir ersuchen die Regierung, nicht zu unterlassen, zu dem

Anfang des nächsten Jahres stattfindenden Kongreß der Tabakarbeiter Vertreter zu entsenden; die Herren Regierungsvertreter werden dort aus dem Munde dieser alten Arbeiter eine Leidensgeschichte von 1879 bis zum Jahre 1900 hören können, die sie ohne weiteres veranlassen müßte, nicht zum zweiten Male soviel Unglück über die in der Zigarrenindustrie tätigen Arbeiter durch abermalige Zollerhöhungen zu bringen.

Doch versuchen wir nun auch, an Hand der in der Gewerbestatistik von 1875 und 1882 annähernd vergleichbaren Zahlen uns ein Bild von der Entwicklung in der Zigarrenindustrie zu machen.

Die absolut nicht vergleichbaren Zahlen über die Betriebsinhaber, als im Gewerbe tätige Personen für 1875 und 1882 in Abzug gebracht, ergibt das folgende Bild: Gesamtzahl der tätigen Personen 1875 . . 110891 Davon ab die Zahl der Geschäftsleiter . . 10583 Verbleiben Personen 100308

Gesamtzahl der tätigen Personen 1882 . . 110468 Davon ab die Zahl der Geschäftsleiter . . 16375 Verbleiben Personen 94093

1875 betrug die Bevölkerungszahl des Deutschen Reiches 42,5 Millionen, 1882 45,7 Millionen. Die Bevölkerungszahl hat sich mithin in dieser Periode um 7 1/2 Proz. vermehrt. Ohne einen Rückgang des Konsums nach 1879 hätte also auch die Zahl der Tabakarbeiter um 7 1/2 Proz. zunehmen müssen und hätte demnach 1882 107830 betragen.

Es steht also auch nach einem Vergleich der Zahlen der Gewerbestatistik von 1875 und 1882, soweit sie annähernd vergleichbar sind, fest, daß 13737 Arbeiter aus der Industrie durch die Zollerhöhung von 1879 verdrängt worden sind. In Wirklichkeit ist diese Zahl zu gering, da, wie der Vergleich von 1875 und 1882 für Hamburg, Bremen und andere Distrikte ergibt, 1875 die Zahl der Hilfsarbeiter bei den Hausarbeitern in der Gewerbestatistik nicht mitgerechnet wurde. (Sd. P.-K.)

■ ■ Verschiedenes ■ ■

Vorlagen gesucht!
Antiquar. Jahrgänge 1902—1907 der Graph. Mus erbblätter (Freien Künste) preiswert, als zu kaufen gesucht.
Offerten an **J. Thom, Magdeburg-Buckau**, Dodendorferstr. 69. [1,05]

Soeben erschienen:
Jahrbuch f. d. lithog. Gewerbe
für 1909. **Neuester Jahrgang.**
Preis Mk. 1,25. Porto 20 Pf. extra.
C. Kluth, Karlsruhe i. B.

Neu! Soeben erschienen! Neu!
„Die Techniken der Algraphie.“
Behandl. d. Alum.-Platt. oem. Zeichn. u. Drucken. Nachschlagew. f. Graph., Rad., Litho. u. Dr. Pr. 1,25 fr. **S. Malz, Berlin-Schöneberg, Apostel Paulusstr. 28.**

Technischer Ratgeber
für die Fabrikation von bedruckten Blechemballagen und Plakaten von **H. Bucher**, Billige Ausgabe Mk. 2,—, zu beziehen durch die Exp. d. Gr. Presse.

Arbeitsmethode
Prospr. gratis und franko, f. **Photochrom** u. Rezept f. 10,— Mk. Off. **R. Barth, München**, Liebigstr. 39.

Wollen Sie Ihre prakt. Vorteile erweitern, so kaufen Sie sich den, für jeden Kollegen unentbehrlich.
praktisch. Umdrucker
von **Bernhard Enders**. Druck u. Verlag von **Conrad Müller, Schkeuditz**. Pr. inkl. Porto 80 Pf.

Heliogravüren, Kunstblätter
in feinem Chromo, Aquarell- und Oeldrucke, sowie Malvorlagen empfiehlt **Fritz Pung, Frankfurt a. M.**, Bilderhandlung en gros. Cranachstr. 7. (Illustr. Katalog gegen Einsendung von 20 Pf. [1,20])

■ **Verbandsnachrichten** ■
Unserem seitherigen Schriftführer, dem Kollegen
Ernst Walter
sagen bei seiner Abreise nach Amerika ein herzliches Lebewohl.
Die Mitglieder der Zahlstelle Heilbronn. [1,35]

Totenliste.

- † Am 23. September in **Mannheim Georg Herrmann**, Strdr. aus Schönberg in Baden, 41 Jahre alt, an Herzleiden, krank 11 Wochen. Eingetreten am 1. Februar 1886.
- † Am 17. Oktober in **München Anton Steiner**, Strdr. aus Osterzell, 35 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 27 Wochen. — Eingetreten am 6. Januar 1891 in Augsburg.
- † Am 23. Oktober in **Bombay Joseph Strampp**, Strdr. aus Kuhnbad in Baden, 29 Jahre alt, an indischen Fieber, krank 3 Wochen. Eingetreten am 26. November 1905 in Emmerich am Rhein.
- † Am 25. Oktober in **Stuttgart Friedrich Stäudle**, Lithograph aus Oehringen in Württemberg, 59 Jahre alt, an Nervenleiden, Invalide seit 4. August 1907. — Eingetreten am 1. April 1893 in Stuttgart.
- † Am 26. Oktober in **Lübeck Julius Schrader**, Strdr. aus Lübeck, 42 Jahre alt, an Lungenleiden. — Eingetreten am 1. September 1904 in Lübeck.
- † Am 31. Oktober in **Frankfurt a. M. Wilhelm Joachim**, Strdr. aus Rüppurr bei Karlsruhe, 56 Jahre alt, befreite sich von seinem Leiden durch Erhängen, war Invalide seit 16. Februar 1901. — Eingetreten am 1. August 1890 in Mainz.
- † Am 3. November in **Nürnberg Heinrich Hertel**, Steindr. aus Nürnberg, 49 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erhängen. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in Nürnberg.
- † Am 5. November in **Rheydt Wilhelm Otten**, Lithograph aus Rheydt, 36 Jahre alt, an Schlaganfall, krank 3 Wochen 4 Tage. — Eingetreten am 21. April 1901 in Rheydt.
- † Am 8. November in **München August Steinmüller**, Lagerist aus München, 51 Jahre alt, an Herzwassersucht, krank 12 Wochen 1 Tag. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in München.
- † Am 9. November in **Neurode Robert Herrmann**, Steindr. aus Breslau, 48 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 45 Wochen. — Eingetreten am 14. Juni 1897 in Neurode.
- † Am 9. November in **Berlin Robert Malmberg**, Steindr. aus Stockholm, 46 Jahre alt, an Herzlähmung, krank 1 Tag. — Eingetreten am 30. Juni 1907 in Berlin.
- † Am 10. November in **Braunschweig Karl Kutschenreuter**, Strdr. aus Hannover, 54 Jahre alt, an Leberkrebs, krank 14 Wochen 3 Tage. — Eingetreten am 7. Oktober 1906 in Braunschweig.

- † Am 13. November in **Berlin Gottlob Bajohr**, Lith. aus Berlin, 44 Jahre alt, in geistiger Umnachtung freiwillig aus dem Leben geschieden durch Ertränken. — Eingetreten am 29. Juni 1902 in Berlin.
- † Am 15. November in **Dresden Max Anders**, Steindrucker aus Dresden, 38 Jahre alt, an Herzleiden, krank 12 Wochen. — Eingetreten am 31. Oktober 1898 in Dresden.
- † Am 16. November in **Offenbach a. M. Konrad Christ**, Hilfsarbeiter aus Egelsbach in Heesen, 67 Jahre alt, an Herzschlag. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in Offenbach a. M.
- † Am 20. November in **Eßlingen Friedrich Schwahl**, Strdr. aus Böblingen in Württemberg, 68 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 24 Wochen. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in Eßlingen.
- † Am 30. November in **Berlin Hermann Raetz**, Chemigr. aus Braunschweig, 46 Jahre alt, an Lungenschlag, krank 2 Wochen 1 Tag. — Eingetreten am 3. Februar 1903 in Berlin.
- † Am 1. Dezember in **Meißen Franz Hladina**, Steindrucker aus Eichwald bei Teplitz, 28 Jahre alt, an Zuckerkrankheit, krank 22 Wochen. — Eingetreten am 24. August 1902 in Meißen.
- † Am 3. Dezember in **Stuttgart Friedrich Müller**, Hilfsarbeiter aus Rothenburg O.-A. Cannstatt, 63 Jahre alt, an Asthma, Invalide seit 18. Oktober 1907. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in Stuttgart.
- † Am 4. Dezember in **Bautzen Heino Schäfer**, Lithograph aus Grünau bei Roßwein, 46 Jahre alt, an Herzschlag. — Eingetreten am 1. August 1896 in Gera.
- † Am 6. Dezember in **München Georg Görlitz**, Chemigr. aus Berlin, 37 Jahre alt, an Zuckerkrankheit, krank 9 Wochen. — Mitglied seit Gründung des Verbandes, 1. April 1891.
- † Am 11. Dezember in **Berlin Paul Gronwald**, Strdr. aus Berlin, 58 Jahre alt, an Schlaganfall, krank 1 Woche 5 Tage. — Eingetreten am 1. Januar 1893 in Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

NB. Zur gefl. Beachtung! Die verstorbenen Mitglieder werden in Zukunft in vorstehender Weise bekannt gegeben, nicht mehr durch einzelne Annoncen. Wir bitten daher sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit etc., unter Beifügung des Mitgliedsbuches stets sofort Mitteilung zu machen.
Der Hauptvorstand.